

Amts = Blatt

der Königlichen Regierung zu Marienwerder.

Nro. 51.

Marienwerder, den 16. Dezember 1896.

1896.

Die Nummer 39 des Reichs-Gesetzblatts enthält unter

Nr. 2351 die Verordnung über die Kautionen von Beamten beim Kaiserlichen Patentamt vom 30. November 1896.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

1) Auf den Bericht vom 27. Oktober d. Js. will Ich die von dem 23. General-Landtage der Westpreussischen Landschaft in der Sitzung vom 18. bis 20. Mai d. Js. beschlossenen Nachträge zu dem revidirten Reglement der Westpreussischen Landschaft vom 25. Juni 1851 und zu dem Statut der Westpreussischen landschaftlichen Darlehnskasse vom 9. Oktober 1876 in der aus der zurückfolgenden Anlage sich ergebenden Fassung hierdurch landesherrlich genehmigen.

Neues Palais, den 9. November 1896.
gez. Wilhelm R.

ggez. von Hammerstein. Schönstedt.
An den Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten und den Justiz-Minister.

A. Nachtrag

zu dem revidirten Reglement der Westpreussischen Landschaft vom 25. Juni 1851 — G. S. S. 523 ff. —

1. Zu den zu § 6 Th. I ergangenen Allerhöchsten Erlassen vom 7. Dezember 1867 — G. S. S. 1918 — und 31. März 1883 — G. S. S. 108 Nr. 2. —

„a. Auch ohne Tage kann auf ein Gut ein Pfandbrief-Anlehn bis zur Höhe des 18 fachen Betrages des Behufs der Regulirung der Grundsteuer ermittelten Reinertrages desselben, von welchem die darauf haftenden öffentlichen und gemeinen Lasten, mit Ausnahme der Grund- und Gebäudesteuer, in Abzug zu bringen, bewilligt werden, wenn zwei Landschaftsbeamte nach angestellter Lokalrecherche den guten Zustand und die Zulänglichkeit der vorhandenen Gebäude und des Inventariums bescheinigen.

b. Unter gleichen Voraussetzungen kann in Höhe des Betrages zwischen dem 18- und 22fachen des Behufs der Grundsteuer-Regulirung ermittelten Reinertrages ein Darlehn in Pfand-

briefen II. Serie nach den für diese bestehenden Bestimmungen bewilligt werden.“

2. Zu § 7 Th. 1.

„Nach dem Ermessen des Engeren Ausschusses können Pfandbriefe zu einem höheren oder niedrigeren Zinsfuße als zu 3 Prozent mit der Verpflichtung des Schuldners zur Zahlung entsprechender Zinsen, im Uebrigen nach Maßgabe der Bestimmungen des Regulativs vom 22. Juli 1896 ausgegeben, auch diese Emissionen, sowie die Emission 3prozentiger Pfandbriefe eingestellt werden.

Bei den Beschlüssen hierüber haben sämtliche Mitglieder des Engeren Ausschusses mit Ausschluß des General-Syndikus ein Stimmrecht.“

3. Zu dem Allerhöchst am 10. Mai 1886 bestätigten Nachtrag zu § 7 Th. I und zum § 3 des Regulativs vom 10. Mai 1886 — G. S. S. 179 Nr. 2. —

I. Mit dem Zeitpunkte der Ausführung der allgemeinen Umwandlung der 3½prozentigen Pfandbriefe in 3prozentige tritt folgende Bestimmung in Kraft:

„Die Schuldner der 3prozentigen Pfandbriefe II. Serie entrichten an die Landschaft jährlich 3 Prozent zur Verzinsung und ½ Prozent jährlich

a. während der ersten vier Jahre zum Sicherheitsfonds und

b. demnächst fortlaufend zum Tilgungsfonds.“

II. Mit dem Zeitpunkte der Ausführung der allgemeinen Umwandlung der 3½prozentigen Pfandbriefe in 3prozentige findet die Bestimmung zu I auf die bis dahin ausgegebenen 3prozentigen Pfandbriefsanleihen II. Serie ebenfalls Anwendung.

4. § 90 Th. I erhält folgenden Zusatz:

„Die Kosten der Untersuchung trägt der Schuldner.“

5. § 92 Th. I erhält folgenden Zusatz:

„Und sind vom Schuldner in der im § 93 vorgeschriebenen Weise zu verzinsen.“

6. § 93 Th. I erhält folgenden Zusatz:

„Gehen die Zinsen innerhalb dreier Tage nach den bezeichneten Terminen ein, so fällt die

Ausgegeben in Marienwerder am 17. Dezember 1896.

Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen fort; der Schuldner hat aber für jedes angefangene Marktausend des Rückstandes eine Mark, mindestens jedoch drei Mark Strafe zu zahlen.“

7. Zu § 98 Th. I und zu § 5 des Regulativs über die Bildung Westpreussischer Pfandbriefe ohne die Bezeichnung der Spezial-Hypothek vom 18. Mai 1864 — G.-S. S. 314. —

„Neben der Einreichung der abzulösenden Pfandbriefe steht dem Gutsbesitzer auch frei, diese durch Kündigung zur Einlösung durch Baarzahlung des Nennwerthes zu beschaffen.

Wenn der Gutsbesitzer zur Kündigung schreitet, welche nur für den Weihnachts- oder Johannis-Termin erfolgen kann, so muß er seinen Kündigungsantrag spätestens 8 Monate vor dem Zahlungstage, also bis zum 1. November beziehungsweise 1. Mai, der General-Landschafts-Direktion, welcher die Leitung des Aufkündigungsverfahrens gegen die Pfandbriefsinhaber zusteht, durch Vermittelung der Provinzial-Direktion einreichen und zur Sicherstellung, daß er die übernommene Verpflichtung zur Zahlung des Nennwerthes und der entstandenen Kosten pünktlich erfüllen werde, mit dem Kündigungsantrage 5 Prozent der zu kündigenden Summe baar einzahlen, oder durch Einreichung von Staats- oder anderen pupillariß sicheren Werthpapieren nebst Zinsscheinen und Zinsschein-Anweisungen sicherstellen, widrigenfalls auf den Kündigungsantrag keine Rücksicht genommen werden kann.

Wenn der Kündigungsantrag rechtzeitig eingegangen ist, so werden durch den General-Landschafts-Direktor unter Zuziehung des Syndikus, welcher darüber ein Protokoll aufzunehmen hat, aus den gleich verzinslichen Pfandbriefen durch Losung diejenigen Pfandbriefsnummern ermittelt, welche zur Kündigung bestimmt sind.

Die Kündigung muß durch die Amtsblätter der königlichen Regierungen zu Marienwerder, Danzig, Bromberg und Cöslin und den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger bekannt gemacht, der Kündigungserlaß auch bei den Kassen der Westpreussischen Landschaft, sowie an der Börse von Berlin ausgehängt werden.

Ob und in welchen anderen Blättern der Kündigungserlaß zu publiziren, bleibt dem Erweisen der Landschaft anheimgestellt.

Zur der Kündigungs-Bekanntmachung müssen die gekündigten Pfandbriefe nach der Nummer, dem Betrage und dem Prozentsatze bezeichnet, der Fälligkeitstermin des Kapitals angegeben, die Aufforderung zur Einlieferung der Pfandbriefe nebst den dazu gehörigen noch nicht fälligen Kupons und Talons zu diesem Fälligkeitstermine und die Warnung enthalten sein, daß der säumige Inhaber mit den in den Pfandbriefen ausgedrückten Rechten präkludirt und mit seinen An-

sprüchen auf die bei der Landschaft zu deponirende und von derselben für seine Rechnung und Gefahr ohne Verzinsung aufzubewahrende Baarvaluta werde verwiesen werden.

Die Inhaber der gekündigten Pfandbriefe sind verpflichtet, dieselben in kursfähigem Zustande mit den laufenden und noch nicht fälligen Kupons und Talons bei der General-Landschaftskasse einzuliefern. Ueber die Einlieferung wird eine Bescheinigung ertheilt, gegen deren Rückgabe dem Vorzeiger derselben ohne weitere Prüfung seiner Legitimation beim Eintritt des Einlösungstermins die Baarvaluta ausgezahlt wird. Für nicht eingelieferte Kupons wird der entsprechende Betrag am Kapital gekürzt, um weiterhin zur Einlösung dieser fehlenden Kupons verwendet zu werden.

Wenn ein gekündigter Pfandbrief im Fälligkeitstermine und längstens bis zum 1. August, falls er für Johannis, und beziehungsweise bis zum 1. Februar, falls er für Weihnachten gekündigt war, nicht eingeliefert worden ist, so hat die General-Landschafts-Direktion die Baarvaluta auf Gefahr und Kosten des säumigen Pfandbriefsinhabers zu ihrem Depositorium zu nehmen und die in dem Kündigungserlasse angedrohte Präklusion und Verweisung durch eine Resolution festzusetzen.

Nach Ablauf eines Vierteljahres von dem bezeichneten Fälligkeitstermine gerechnet, also mit dem 1. Oktober beziehungsweise 1. April hat die Landschaft die Verpflichtung, dem Pfandbriefsinhaber von der für ihn deponirten und zinsbar zu benutzenden Baarvaluta Depositalzinsen zu dem Satze von 2 Prozent jährlich zu berechnen, oder die Valuta für Rechnung des Gläubigers in Westpreussische Pfandbriefe umzusetzen.

Hat der Inhaber den gekündigten Pfandbrief zwar vor dem Verfalltermine eingeliefert, die Baarvaluta aber unabgehoben gelassen, so findet wegen deren Disposition und Verzinsung dasselbe statt, was vorstehend für den Fall der unterlassenen Einlieferung vorgeschrieben ist.“

8. Zu dem zu § 117 Th. I ergangenen Allerhöchsten Erlaß vom 7. September 1880 — G.-S. 1881 S. 2 Nr. 1. —

„Sobald die Zinsen von den Pfandbriefbeständen des Eigenthümlichen Fonds die Summe von 180 000 Mark jährlich erreichen, fließen die Zinsen des Tilgungsfonds in den Eigenthümlichen Fonds nur soweit, als die sonstigen Einnahmen des letzteren die landschaftlichen Verwaltungskosten nicht decken, und werden im Uebrigen den Tilgungskonten der einzelnen Besitzer gut geschrieben.“

9. Zu § 49 Th. II:

An Stelle der Worte „und von dem ihm vorgelegten Obergerichte ein Zeugniß beibringen“ sind die Worte zu setzen: „und von

der ihm vorgelegten Dienstbehörde ein Zeugnis beibringen.“

10. § 55 Th. II ist zu streichen.

11. Zu § 60 Th. II:

„Im Falle einer der gegenwärtig bei den Provinzial-Landschafts-Direktionen angestellten Rentmeister durch Tod oder auf andere Art aus dem Amte scheidet, hat der landschaftliche Engere Ausschuss darüber zu beschließen, ob die Stelle wieder zu besetzen, oder nicht vielmehr die betreffende Provinzial-Landschaftskasse unter Uebertragung ihrer Geschäfte auf die General-Landschaftskasse eingehen solle.

In diesem Falle haben sämtliche Mitglieder des Engeren Ausschusses ausschließlich des General-Syndikus volles Stimmrecht.“

12. Zu § 107 Th. II:

„Das Mandat der General-Landtags-Deputirten und ihrer Stellvertreter dauert sechs Jahre. Wenn innerhalb dieses Zeitraumes die Einberufung eines General-Landtages erforderlich wird, hat die General-Direktion die Vorschläge zu demselben den Mitgliedern des General-Landtages mit der Einladung zu diesem zugehen zu lassen. Zwischen der Einladung zu dem General-Landtage und der Eröffnung desselben muß ein Zeitraum von mindestens 14 Tagen liegen.

Falls während der sechsjährigen Amtsdauer ein Landtags-Mitglied durch Tod oder auf andere Weise ausscheidet, ist in Gemäßheit des § 81 Th. II revidirten Landschafts-Reglements zu verfahren.

Die vorstehenden Bestimmungen finden bereits auf die Mitglieder des gegenwärtigen General-Landtages Anwendung.

Wenn erit nach Ablauf der sechsjährigen Wahlperiode der Landtagsdeputirten und deren Stellvertreter die Einberufung eines General-Landtages beschlossen werden sollte, findet das in den §§ 107, 118 bis 120 Th. II revidirten Landschafts-Reglements vorgeschriebene Verfahren statt.“

13. Zu § 136 Th. II:

An Stelle des dritten Absatzes tritt folgende Bestimmung: „Die Zuziehung des Syndikus oder eines Richters bei der Aufnahme einer Taxe ist nicht nothwendig, kann jedoch auf Antrag des Vorsitzenden der Taxkommission Seitens der Provinzial-Direktion veranlaßt werden.“

B. Fünfter Nachtrag

zu dem Statut der Westpreussischen landschaftlichen Darlehnskasse vom 9. Oktober 1876

— G.-S. S. 463 Nr. 10. —

1. Zusatz zu § 2:

„Falls die 3 $\frac{1}{2}$ prozentigen Westpreussischen Pfandbriefe in 3prozentige konvertirt werden, kann der Zinsfuß für das der Darlehnskasse aus dem Eigenthümlichen Fonds der Westpreussischen

Landschaft gewährte Grundkapital auf 3% jährlich nach dem Ermessen der General-Direktion ermäßigt werden.“

2. Zusatz zu § 20.

„Falls die 3 $\frac{1}{2}$ prozentigen Neuen Westpreussischen Pfandbriefe in 3prozentige konvertirt werden, kann der Zinsfuß für den der Darlehnskasse aus den Fonds der Neuen Westpreussischen Landschaft geleisteten Beitrag zu dem Grundkapital auf 3% jährlich nach dem Ermessen der General-Direktion ermäßigt werden.“

2)

Bekanntmachung.

Die Weihnachtssendungen betreffend.

Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Packetmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammenendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigaarenkisten u. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Packet gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut u. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Packetadressen für Packetaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Packetaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Silberbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Packet auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt abgeliefert werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist thunlichst zu vermeiden.

Berlin W., den 4. Dezember 1896.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Fritsch.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden u.

Bekanntmachung.

3) Hierdurch bringe ich die erfolgte Ernennung des Bürgermeisters Ruhr in Hammerstein zum Standes-

4)

Markt- und
in den größeren Städten des Regierungsbezirks

Nro.	Namen der Städte.	I. Markt =																							
		I. A. Getreide.																							
		Weizen			Roggen			Gerste			Hafer														
		gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering												
		Es kosten je 100 Kilogramm																							
№	Q	№	Q	№	Q	№	Q	№	Q	№	Q	№	Q	№	Q	№	Q								
1	Christburg	—	—	15	48	—	—	—	—	11	75	—	—	—	—	12	06	—	—	—	—	11	60	—	—
2	Culm	16	50	14	—	—	—	14	—	12	—	—	—	14	—	13	—	—	—	—	—	14	—	13	—
3	Dt. Eylau	—	—	15	51	—	—	—	—	11	54	—	—	—	—	11	36	—	—	12	05	11	68	—	—
4	Dt. Krone	—	—	—	—	—	—	12	43	12	21	11	96	13	21	13	—	12	86	12	40	11	94	11	60
5	Flatow	—	—	15	—	—	—	—	—	11	66	—	—	—	—	14	—	—	—	12	30	—	—	—	—
6	Graudenz	16	73	—	—	—	—	11	78	—	—	—	—	13	81	—	—	12	19	12	85	—	—	—	—
7	Jastrow	—	—	—	—	—	—	—	—	12	66	—	—	—	—	14	41	—	—	—	—	12	26	—	—
8	Konitz	16	52	16	44	16	32	12	19	12	13	12	05	13	54	13	36	13	18	12	04	11	91	11	71
9	Löbau	—	—	—	—	—	—	11	25	—	—	—	—	11	24	—	—	—	—	11	31	—	—	—	—
10	M. Friedland	—	—	—	—	—	—	12	56	—	—	—	—	13	38	—	—	—	—	12	10	—	—	—	—
11	Marienwerder	—	—	—	—	—	—	11	89	—	—	—	—	12	25	—	—	—	—	12	90	—	—	—	—
12	Mewe	14	50	—	—	13	50	12	—	—	—	11	50	13	—	—	12	50	13	50	—	—	13	—	—
13	Neumark	—	—	16	50	—	—	—	—	11	50	—	—	—	—	13	—	—	—	—	—	13	—	—	—
14	Riesenburg	16	39	—	—	—	—	11	73	—	—	—	—	12	61	—	—	—	—	12	37	—	—	—	—
15	Rosenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	11	66	—	—	—	—	12	26	—	—	—	—	12	05	—	—
16	Schlochau	—	—	—	—	—	—	—	—	11	59	—	—	—	—	13	60	—	—	—	—	11	60	—	—
17	Schweß	—	—	—	—	—	—	—	—	14	41	—	—	—	—	13	72	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Strasburg	15	53	14	78	—	—	11	53	11	—	—	—	13	91	12	60	—	—	14	62	14	—	—	—
19	Stuhm	—	—	—	—	—	—	—	—	11	32	—	—	—	—	13	09	—	—	—	—	11	47	—	—
20	Thorn	16	81	16	24	—	—	12	48	12	29	—	—	14	44	14	11	—	—	13	43	12	94	—	—
21	Tuchel	15	03	14	74	—	—	11	37	11	—	—	—	12	10	11	50	—	—	12	36	—	—	11	—
22	Hammerstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	—	—	—	—
23	Neuenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	12	50	—	—
24	Vandsburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	25	—	—
	Summa	145	46	138	69	29	82	145	21	178	72	35	51	157	49	195	07	50	73	164	23	148	45	60	31
	Durchschnittspreis	16	16	15	41	14	91	12	10	11	91	11	84	13	12	13	—	12	68	12	63	12	37	12	06

beamten für den Standesamtsbezirk Hammerstein, Kreises Schlochau, an Stelle des Bürgermeisters Hempel daselbst jetzt in Jastrow zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, den 3. Dezember 1896.

Der Ober-Präsident.

5)

Bekanntmachung.

Hierdurch bringe ich die erfolgte Ernennung des Lehrers Schulz in Dolfusbruch zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Dolfusbruch, Kreises Dt. Krone, an Stelle des in den Ruhestand getretenen Königlich Hegemeisters Hennig in Forsthaus Eichler zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, den 5. Dezember 1896.

Der Ober-Präsident.

6)

Bekanntmachung.

Hierdurch bringe ich die erfolgte Ernennung des Lehrers a. D. Wojciechowski in Wichulec zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Griewen-

hof, Kreises Strasburg W./Pr., an Stelle des Gutsbesizers Dr. von Karwat zu Wichulec zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, den 5. Dezember 1896.

Der Ober-Präsident.

7)

Bekanntmachung.

Hierdurch bringe ich die erfolgte Ernennung des Lehrers Hoppenheit in Osterwick zum ersten Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Osterwick, Kreises Konitz, an Stelle des in den Ruhestand getretenen Lehrers Schlumm daselbst zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, den 8. Dezember 1896.

Der Ober-Präsident.

8)

Bekanntmachung.

Hierdurch bringe ich die erfolgten Ernennungen:
1. des Gemeinde-Vorstehers Franz Gerth in Freudenfiet zum ersten Stellvertreter des Standes-

Badenpreise

Marienwerder im Monat November 1896.

Preise.

I. B. Uebrige Marktwaaren.

Hülfrüchte												Stroh		Heu		Fleisch										Geräucherter Speck (hieriger)		Eier					
Erbjen, (gelbe) zum Kochen			Speitjebohnen, (weiße)			Linsen			Eßkartoffeln		Richt-		Krumm-				Rind		Schweine-		Kalb-		Lamm-				Eß-Butter.						
Es kosten je 100 Kilogramm												je 1 Kilogramm												1 Schock		80 Stück							
M		S		M		S		M		S		M		S		M		S		M		S		M		S		M		S			
15	87	—	—	—	—	3	84	—	—	—	—	—	—	100	—	1	40	1	—	1	20	—	80	1	—	1	60	2	—	3	77		
13	50	21	—	45	—	3	60	5	—	2	75	4	50	105	—	1	20	1	16	1	15	1	15	1	15	1	70	2	20	3	60		
14	56	—	—	—	—	5	46	4	30	—	—	5	15	80	—	1	40	1	17	1	10	1	24	1	20	2	30	3	—	5	89		
14	45	—	—	—	—	3	20	4	50	—	—	5	50	90	—	1	20	1	—	1	—	90	1	—	1	60	2	14	4	43			
15	87	—	—	—	—	2	55	5	31	—	—	5	58	96	—	1	20	1	—	1	20	1	—	1	—	2	—	1	30	3	45		
15	03	22	—	25	—	3	98	4	88	2	10	6	06	97	—	1	23	—	95	1	10	—	90	1	05	1	57	2	20	3	43		
17	—	—	—	—	—	2	73	5	16	—	—	5	50	100	—	1	10	1	10	1	10	—	77	—	94	1	50	1	88	3	14		
15	—	30	—	35	—	2	62	5	50	—	—	5	20	90	—	1	10	—	91	1	02	—	98	—	97	1	52	1	94	3	66		
—	—	—	—	—	—	2	35	—	—	—	—	—	—	—	—	1	01	—	85	1	02	—	79	—	90	1	49	1	90	2	77		
14	72	—	—	—	—	2	63	4	—	—	—	4	50	—	—	1	—	—	—	1	—	—	60	1	—	1	50	2	—	3	60		
17	48	30	—	70	—	3	30	4	50	—	—	6	—	95	—	1	20	1	—	1	10	1	—	1	05	1	60	2	07	3	31		
16	—	—	—	—	—	4	50	—	—	—	—	—	—	120	—	1	50	1	30	1	50	1	20	1	40	2	40	2	20	3	60		
13	—	—	—	—	—	2	50	4	—	3	—	4	—	75	—	—	80	—	80	1	—	—	47	—	75	1	30	1	75	1	25		
15	50	—	—	—	—	4	15	4	07	—	—	5	50	110	—	1	30	1	—	1	10	—	90	1	—	1	30	2	—	3	50		
—	—	—	—	—	—	3	45	—	—	—	—	—	—	75	—	—	1	15	—	—	1	30	—	91	—	—	1	59	1	90	3	32	
—	—	—	—	—	—	2	32	5	—	—	—	6	—	—	—	—	97	—	—	1	—	1	—	1	—	1	27	1	75	3	50		
19	06	—	—	—	—	2	78	—	—	—	—	—	—	75	—	—	85	—	75	—	95	—	80	—	80	1	30	1	65	2	77		
17	—	—	—	—	—	3	90	4	75	3	25	5	75	62	50	—	1	55	1	—	1	10	—	90	1	35	1	70	2	10	3	03	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	05	—	1	30	—	60	1	05	1	60	1	78	3	60	
16	50	24	50	34	—	4	24	5	22	—	—	6	22	100	—	1	30	1	20	1	20	1	13	1	13	1	50	2	11	3	50		
13	—	—	—	—	—	2	20	5	—	—	—	6	—	90	—	1	10	—	90	1	10	1	—	—	95	1	80	2	—	3	20		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	54	127	50	209	—	66	30	71	19	11	10	81	46	1560	50	23	56	18	06	23	54	19	04	20	69	34	14	42	35	72	32		
15	50	25	50	41	80	3	31	4	74	2	78	5	43	91	79	1	18	1	—	1	12	—	91	1	03	1	63	2	02	3	44		

beamten für den Standesamtsbezirk Schönthal, Kreises Dt. Krone, und

- 2. des seitherigen Stellvertreters Gutsvorstehers, Forstmeisters Johannes Mhlhorn in Schönthal zum zweiten Stellvertreter des Standesbeamten für den vorgenannten Bezirk

zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, den 8. Dezember 1896.

Der Ober-Präsident.

9) Bekanntmachung.

Hierdurch bringe ich die erfolgte Ernennung des Lehrers Brunn in Hüttenbusch zum zweiten Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Battrow, Kreises Flatow, zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, den 11. Dezember 1896.

Der Ober-Präsident.

- 10) Dem Verein für Pferderennen und Pferdeausstellungen in Preußen zu Königsberg i./Pr. hat

der Minister des Innern die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahr nächsten Jahres dort stattfindenden Pferdeausstellung eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden pp. zu veranstalten und die Loose 160 000 Stück zu je 1 Mark in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Marienwerder, den 7. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

II) Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß in der am 30. Oktober d. Js. stattgehabten Sitzung des Vorstandes der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen als Vorsitzende bezw. Stellvertreter der Körungs-Kommission gewählt sind:

- I. Körungs-Kommission für die auf dem rechten Ufer der Weichsel belegenen Kreise des Regierungs-Bezirks Marienwerder sowie die auf dem linken Ufer der Weichsel belegenen Theile der Kreise Marienwerder und Thorn;

Namen der Städte.		I. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats November 1896																			
		Mehl zur Speisebereitung aus		Gersten-		Buchweizen-	Hafers-	Hirse.	Reis Java.	Kaffee		Speise Salz	Schweine-	Rindernieren-talg	Essig.						
		Weizen.	Roggen.	Graupe.	Grütze	Grütze	Grütze			Java mittler (roh.)	Java gelb in gebrannten Bohnen		Schmalz hiefiges		1	1					
		Es kostet je 1 Kilogramm														500 g	1	1			
M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S				
1	Christburg	26	22	24	24	45	45			70	325	380	20	1	60						
2	Culm	25	21	38	36	40	40	40	60	330	380	20	1	50							
3	Dt. Eylau	35	28	65	50	65	65	60	55	330	380	20	2	20							
4	Dt. Krone	30	24	40	30	40	40	40	40	290	365	20	1	60							
5	Flatow	26	21	60	50	50	50	50	45	3	360	20	1	60							
6	Graudenz	38	31	55	45	55	58	48	63	325	375	20	1	40							
7	Jastrow	30	24	50	40	40	40		40	280	360	20	1	80							
8	Konik	27	23	48	27	40	41	51	40	280	360	20	1	70							
9	Löbau	29	17	40	22		40		30	240	320	20	1	60							
10	Mf. Friedland	30	20	50	30	35	35	35	40	280	320	20	1	40							
11	Marienwerder	26	22	56	56	55	50	57	65	3	380	20	1	60							
12	Mewe	30	28	59	48	58	68	33	48	277	340	19	2	15							
13	Neumark	24	20	40	40	50	60	60	60	280	380	20	1	80		10					
14	Riesenburg	32	20	50	70	50	70	60	60	280	360	20	1	40	50	16					
15	Rosenberg	30	30	60		60	60	60		320	380	20	1	80							
16	Schlochau	26	24	30	20	40	40		30	2	340	20	1	60							
17	Schweg	27	23	23	21	38	43	28	22	230	310	20	1	10		10					
18	Strasburg	28	26	47	34	59	59	39	60	290	380	20	1	70							
19	Stuhm	24	26	20	20	40	40	50	24	280	360	20	1	60		15					
20	Thorn	26	22	40	40	50	50	40	50	320	4	20	1	50							
21	Tuchel	22	19	50	25	50		45	40	340	370	20	1	70							
22	Hammerstein																				
23	Neuenburg																				
24	Bandsburg																				
	Summa	591	491	945	728	960	994	796	952	6097	76	419	34	35	50	51					
	Durchschnittspreis	28	23	45	36	48	50	47	45	290	362	20	1	64	50	13					

Daß in denjenigen Orten, wo die Rubriken unausgefüllt geblieben, die bezeichneten Artikel nicht zu Markte gekommen sind, bescheinigt.

Marienwerder, den 9. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

Vorsitzender: Fürstlicher Domänenpächter Dor-
guth-Kaudnitz, Kr. Rosenberg. Stellvertreter:
Rittergutsbesitzer Graf von der Groeben-
Ludwigsdorf.

Druckfehler aufweist, so wird diese Polizei-Verordnung
nochmals zum Abdruck gebracht.

Marienwerder, den 7. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

II. Rörungs-Kommission für die auf dem linken Ufer
der Weichsel belegenen Kreise des Regierungs-
Bezirks Marienwerder ausschließlich der zu I be-
zeichneten Theile der Kreise Marienwerder und
Thorn:

13) Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß der
Beginn des nächsten Kursus zur Ausbildung von Lehr-
schmiedemeistern zu Charlottenburg auf
Montag, den 1. März 1897
festgesetzt worden ist.

Vorsitzender: Rittergutsbesitzer Roggenbau-
Augustowo, Kreis Flatow. Stellvertreter:
Rittergutsbesitzer Gropius-Hohenstein, Kreis
Dt. Krone.

Anmeldungen sind zu richten an den Direktor
des Instituts, Ober-Roharzt a. D. Brand, zu Char-
lottenburg — Spreestraße Nr. 42. —

Marienwerder, den 5. Dezember 1896.

Marienwerder, den 6. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

Der Regierungs-Präsident.

12) Da der im Amtsblatt vom 15. Juli d. Js.
— Nr. 29 — enthaltene Abdruck der Polizei-Ver-
ordnung betreffend Rörung der Hengste sinnstörende

14) Dem Arzt Dr. Zizke in Jeschowo, Kreis Schweg,
habe ich die Genehmigung zum Halten einer Haus-
apotheke erteilt.

Letztere ist nach stattgehabter amtlicher Besichtigung am 3. d. Mts. eröffnet worden.

Marienwerder, den 6. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

15) Bekanntmachung.

Auf Grund des § 6 Artikel II des Reichs-Gesetzes vom 21. Juni 1887 (R.-G.-Bl. S. 245) betreffend Abänderung bezw. Ergänzung der Gesetze über die Quartierleistung und die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden sowie der Vorschrift der Ausführungs-Instruction vom 30. August 1887 (R.-G.-Bl. S. 433) unter Nr. 3 Absatz 1 zu § 9 des Naturalleistungs-Gesetzes werden nachstehend mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert die Durchschnitte der höchsten Tagespreise, welche in den für die einzelnen Lieferungsverbände (Kreise) des Regierungsbezirks Marienwerder festgesetzten Hauptmarktorten (§ 19 Absatz 2 und 3 des Kriegsleistungs-Gesetzes vom 13. Juni 1873) im Monat November 1896 für Fourage gezahlt worden sind, bekannt gemacht.

Es betrug im Monat November 1896 der Durchschnitt der höchsten Tagespreise einschließlich eines Aufschlages von fünf vom Hundert für 50 kg

im Hauptmarktorte	Richt-		
	Safer.	Heu.	Stroh.
	M	M	M
Culm für den Kreis Culm	7,35	2,36	2,63
Flatow für den Kreis Flatow	6,46	2,93	2,79
Dt. Krone " " Dt. Krone	6,51	2,89	2,36
Dt. Eylau für die Kreise Löbau, Rosenberg und Strassburg	6,33	2,70	2,26
Marienwerder für den Kreis Marienwerder	6,77	3,30	2,36
König für die Kreise König, Schlochau und Tuchel	6,32	2,73	2,89
Graubenz für die Kreise Graubenz und Schweg	6,75	3,33	2,56
Thorn für die Kreise Briesen und Thorn	7,05	3,27	2,74

Marienwerder, den 10. Dezember 1896.
Der Regierungs-Präsident.

16) Durchschnitts-Markt-Preise
des Schlachtviehes zu Thorn im Monat November 1896 nach Lebendgewicht.

1. Rindvieh für 100 Pfd.				2. Kälber für 100 Pfd.		3. Schweine für 100 Pfd.		4. Hammel für 100 Pfd.		Anzahl der aufgetriebenen Stücke Vieh als											
a.		b.		a.		b.		a.		b.		Rind-	Käl-	Schwei-	Ham-						
Mastvieh	mageres Vieh	Jungvieh unter 4 Jahren		unter 8 Tage	über 8 Tage	fette	magere	fette	magere	vieh	ber					ne	mel.				
Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.						
—	—	17	—	23	—	—	—	—	—	34	33	31	50	—	—	—	—	210	—	1597	—

Marienwerder, den 10. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

17) Bekanntmachung.

Nachstehend bringe ich die in dem Normalmarktorte Elbing im Monat November 1896 für Fourage gezahlten Preise nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert zur öffentlichen Kenntniß.

Es sind zu berechnen für:

- a. 50 Kilogramm Hafer 6 Mark 72 Pf.
- b. " " Heu 3 " 15 "
- c. " " Stroh 2 " 94 "

Danzig, den 8. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

18) Bekanntmachung.

Zur Erleichterung des Weihnachtsverkehrs wird im preussischen Staatsbahnerverkehr, sowie im direkten Verkehre mit der Marienburg-Mlawka'er Eisenbahn, der ostpreussischen Südbahn, der Alt-Damm-Colberger Eisenbahn und den Sächsischen Staats-Eisenbahnen die Geltungsdauer der am 22. Dezember d. Js. und an den folgenden Tagen gelösten gewöhnlichen Rück-

fahrtarten von sonst kürzerer Geltungsdauer bis zum 6. Januar 1897 einschließlich verlängert.

Die Rückfahrt muß zur Wahrung der Frist nach der allgemeinen Regel der preussischen Staatsbahnen am 6. Januar t. Js. angetreten werden.

Danzig, den 12. Dezember 1896.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

19) Druckfehler = Berichtigung.

In der in No. 48 auf Seite 383 des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Marienwerder vom 25. November 1896 veröffentlichten Bekanntmachung der Königlichen Direktion der Rentenbank für die Provinzen Ost- und Westpreußen, betreffend die bei der Verloosung von Rentenbriefen am 14. November 1896 gezogenen Nummern muß es

bei Littr. C. zu 300 M. nicht „10143“ sondern „10153“

heißen.

Königsberg, den 7. Dezember 1896.

Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinzen Ost- und Westpreußen.

20) Bekanntmachung.

Behufs Berechnung und Feststellung der Geldrenten in Regulierungs-, Ablösungs- und Gemeintheilungssachen werden die ermittelten Martini-Marktpreise eines Neuscheffels der verschiedenen Getreidearten

im 24/20 jährigen Durchschnitt der Jahre 1873 bis einschließlich 1896 — mit Weglassung der beiden theuersten und der beiden wohlfeilsten Jahre —, sowie die durchschnittlichen Martini-Marktpreise eines Neuscheffels Roggen pro 1896 in den festgestellten Normal-Markttorten

der Provinz Westpreußen

nach Vorschrift des §§ 19 ff. des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Ablösung der Reallasten und in Gemäßheit des Schlußsatzes im § 3 des Gesetzes vom 15. April 1857, betreffend die Ergänzung und Abänderung des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850, sowie gemäß § 3 des Gesetzes vom 27. April 1872 über die Ablösung der den geistlichen und Schul-Instituten, sowie den frommen und milden Stiftungen pp. zustehenden Realberechtigungen, wie folgt zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Laufende Nr.	Bezeichnung der Normal-Markttorte.	A. Es beträgt der 24/20 jährige Martini-Durchschnitts- Marktpreis für den Neuscheffel												B. Martini- Durchschnitts- Marktpreis für den Neuscheffel Roggen im Jahre 1896.	
		Weizen.		Roggen.		Gerste.		Hafer.		Erbsen.		Kartoffeln.		Ab	S
		Ab	S	Ab	S	Ab	S	Ab	S	Ab	S	Ab	S		
1	Bütow	—	—	5	72	—	—	3	26	—	—	—	—	4	92
2	Danzig	6	66	5	08	4	53	2	95	6	40	1	87	4	51
3	Dirschau	6	48	5	23	4	48	3	21	6	35	—	—	4	24
4	Elbing	—	—	5	40	4	30	3	07	—	—	—	—	4	58
5	Deutsch Eylau	6	93	5	15	4	20	3	07	6	49	—	—	4	14
6	Flatow	—	—	5	15	4	39	2	92	6	28	—	—	4	14
7	Märkisch Friedland	—	—	5	36	4	59	3	11	—	—	—	—	4	89
8	Graubenz	6	64	5	40	4	46	3	34	6	67	—	—	4	28
9	König	6	51	5	19	4	13	2	98	6	13	—	—	4	36
10	Deutsch Krone	—	—	5	62	4	93	3	18	6	78	—	—	4	85
11	Kulm	6	25	4	83	4	21	3	07	6	35	—	—	3	60
12	Marienburg	—	—	5	55	4	59	3	43	6	89	—	—	5	00
13	Marienwerder	—	—	5	64	4	38	3	40	6	90	—	—	4	29
14	Mewe	6	60	5	13	4	51	3	23	6	45	—	—	4	07
15	Thorn	6	91	5	40	4	42	3	42	6	84	—	—	4	66

Bromberg, den 3. Dezember 1896.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Westpreußen und Posen.

21) Bekanntmachung.

Die am 2. Januar 1897 fälligen Zinscoupons unserer sämmtlichen Pfandbriefe werden vom 15. Dezember 1896 ab sowohl hier an unserer Kasse, Hundegasse No. 56, in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vor- und 3 bis 5 Uhr Nachmittags wie:

in Berlin bei der Preussischen Pfandbrief-Bank, Bockstraße No. 30,

in Königsberg i/Pr. bei Herrn Friedr. Laubmeyer, Klapperwiese No. 16,

in Marienwerder bei Herrn M. Dirschfeld, Nachfolger A. Seidler,

in deren Geschäftsstunden baar und unentgeltlich eingelöst. Bei Präsentation mehrerer Coupons ist ein Verzeichniß, in dem die Appoints gesondert aufgeführt stehen, zu übergeben.

Mit Ablauf dieses Jahres verjähren die im Jahre 1892 fällig gewordenen, bis dahin nicht abgehobenen Zinscoupons.

Danzig, im Dez. 1896. Danziger Hypotheken-Verein.

22) Nachstehende

Ordnung

betreffend

die Erhebung eines Zuschlages
zur

Brausteuer und einer Biersteuer
in der Stadt Marienwerder

Auf Grund der Stadtverordneten-Beschlüsse d. d. Marienwerder, den 20. Januar, 18. Februar und 8. Juni 1896 wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 13, 18 und 82 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 für die Stadt Marienwerder die nachstehende Steuer-Ordnung erlassen:

I. Zuschlag zur Brausteuer.

§ 1. Steuerfuß.

Vom 1. April 1896 ab wird von dem im Gemeindebezirke Marienwerder gebrauten Biere ein Zuschlag von fünfzig vom Hundert zur Brausteuer erhoben.

§ 2. Zeit der Zahlung.

Der Zuschlag ist von den Brauereibesitzern auf Grund des amtlichen Brausteuerbuches monatlich und zwar am 15. jeden Monats an die Stadtkasse zu entrichten.

§ 3. Erstattungen.

Für die Erstattung des Zuschlages sind die wegen Erstattung der Brausteuer in § 7 des Reichs-Gesetzes vom 31. Mai 1872 — Reichs-Gesetz-Blatt Seite 153 flg. — gegebenen Vorschriften maßgebend; sie erfolgt auf Grund einer Bescheinigung des königlichen Steuer-Amtes hieselbst über die bewirkte Erstattung der Brausteuer.

§ 4. Ausfuhr-Vergütung.

Für das vom 1. April 1896 ab aus dem Gemeindebezirk Marienwerder ausgeführte Bier wird der gezahlte Zuschlag vergütet. Der Anspruch auf die Vergütung wird nur zuverlässigen und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Brauereibesitzern und nur dann zugestanden, wenn dieselben nur selbstgebrautes Bier ausführen und, wenn sie Bücher führen, aus denen die zur Bierbereitung verwendeten Stoffe und deren Menge, sowie der Umfang der Bierbereitung und der Bierausfuhr sich ergibt. Die Bücher müssen auf Erfordern den von dem Magistrate mit der Aufsicht beauftragten Beamten jederzeit im Geschäftszimmer des Brauereibesitzers zur Einsicht vorgelegt werden.

Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Räumerei-Kasse.

II. Steuer von eingeführtem Bier.

§ 5. Steuersatz.

Vom 1. April 1896 ab wird von dem in den Gemeindebezirk Marienwerder eingeführten, auswärtig gebrauten Bier eine Steuer von fünfundsiebzehn Pfennigen für das Hektoliter erhoben. Bei der Ausfuhr desselben aus dem Stadtbezirk wird die Steuer vom eingeführten Bier nach denselben Grundsätzen und in demselben Verhältnis erstattet, nach denen der Brauereizuschlag vergütet wird.

§ 6. Befreiungen.

Von der Steuer befreit ist:

- a) Bier, welches in Mengen von nicht mehr als zwei Litern eingeführt wird,
- b) Bier, welches durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird.

Durchgeführtes Bier ist auch solches, welches, auf der Eisenbahn zugeführt, ohne in die Stadt eingebracht zu werden, auf dem Bahnhofe lagert und demnächst in den Urgebunden weiterbefördert wird, oder welches, auf der Achse eingegangen, in denselben Gebunden und mit denselben Frachtbriefe weitergeht.

§ 7. Art, Ort und Zeit der Einfuhr.

Alles zur Einfuhr bestimmte Bier muß in Fässern, deren Inhalt, nach Litermaß geacht, auf denselben in Zahlen deutlich eingebrannt ist, oder in vollen, für jedes Frachtstück gleichartigen Flaschen eingehen.

Eine Schwankung des wirklichen Inhalts gegen-

den auf den Gebunden eingebrannten ist zulässig und zwar:

bei Gebunden von	12 $\frac{1}{2}$	—	18	um	$\frac{1}{2}$	Liter,
"	"	"	18	—	36	" 1 "
"	"	"	36	—	72	" 2 "
"	"	"	72	—	100	" 3 "

Die Einfuhr ist außer auf der Eisenbahn nur an den von dem Magistrate bestimmten Stellen und nur in der Zeit von 8 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends zulässig.

§ 8. Ueberwachung der Einfuhr.

Wer von auswärts oder vom Bahnhofe auf Wagen, Karren oder in sonstiger Weise Bier in den Gemeindebezirk ein- oder durch den Gemeindebezirk durchführt, ist verpflichtet, eine die Namen der Absender und Empfänger und den Inhalt jeder einzelnen Sendung enthaltende Nachweisung in doppelter Ausfertigung bei sich zu führen und beide Ausfertigungen an den von dem Magistrate bestimmten Stellen vorzulegen. Eine Ausfertigung wird dem Frachtführer sofort abgestempelt zurückgegeben. Jeder Frachtführer ist verpflichtet, den Aufsichtsbeamten auf Erfordern die Nachweisung vorzuzeigen.

§ 9. Zahlung der Steuer.

Von auswärts eingeführtes Bier muß von dem Empfänger spätestens am Tage nach dem Empfang während der üblichen Dienststunden auf der Räumerei-Kasse versteuert werden. Steuern, welche hiernach an Sonn- und Festtagen entrichtet werden müßten, sind am Vormittag des nächsten Werktages zu zahlen.

Wer Bier empfängt, welches von auswärts eingeführt ist, hat der Kasse eine mit seiner Unterschrift versehenen Anzeige in doppelter Ausfertigung vorzulegen, aus welcher der Absender, der Inhalt der Gebinde, der Lagerort, Tag und Stunde des Empfanges und der Betrag der Biersteuer ersichtlich sein müssen. Eine Ausfertigung wird dem Steuerpflichtigen mit Empfangsbescheinigung zurückgegeben; dieselbe ist in einem Sammelhefte aufzubewahren und den Aufsichtsbeamten auf Erfordern vorzuzeigen.

§ 10. Lagerbuch.

Wer sich mit dem Kauf von Bier zum Weiterverkauf oder Ausschank befaßt, hat über das vom 1. April 1896 unmittelbar von auswärts bezogene Bier ein Lagerbuch zu führen. Dasselbe ist den in § 9 für die Anzeige gegebenen Vorschriften entsprechend einzurichten und jederzeit nebst dem Sammelhefte der Anzeigen zur Einsicht der Aufsichtsbeamten bereit zu halten.

§ 11. Durchsuchungen.

Den Aufsichtsbeamten ist von Denjenigen, welche Bier von auswärts bezogen haben, behufs Vornahme von Durchsuchungen, der Zutritt zu den Räumen, in denen das Bier gelagert wird, zu gestatten.

III. Zulässige Vereinbarungen.

§ 12. Vereinbarungen.

Der Magistrat ist befugt, mit einzelnen Steuerpflichtigen zum Zwecke der Erleichterung des Verkehrs,

ferner der Zahlung und Vergütung der Steuer besondere Vereinbarungen zu treffen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung.

IV. Strafen.

§ 13. Strafen.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Ordnung werden mit einer Strafe von 3 bis 30 Mk. belegt. Außerdem ist im Falle der Steuerhinterziehung die hinterzogene Steuer nachzuzahlen.

§ 14. Uebergangs-Bestimmung.

Mit dem Inkrafttreten dieser Ordnung erlischt das bisherige Regulativ betreffend die Erhebung eines Kommunalzuschlages zur Brausteuer und einer Gemeindesteuer vom Bier in der Stadt Marienwerder vom 24. Februar 1890 bezw. vom 20. Mai/4. November 1890.

Marienwerder, den 22. Juni 1896.

Der Magistrat.

gez. W ü r t z.

Vorstehende Ordnung betreffend die Veranlagung und Erhebung eines Zuschlages zur Brausteuer und einer Biersteuer im Bezirk der Stadtgemeinde Marienwerder wird auf Grund der §§ 18 und 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 genehmigt.

Marienwerder, den 1. Juli 1896.

Der Bezirksausschuß zu Marienwerder.

gez. i. B. Kühne.

Zu der vorstehenden Genehmigung hat der Herr Oberpräsident seine Zustimmung mittels Erlasses vom 14. d. Mts. Nr. 9956 D. P. erteilt.

Marienwerder, den 23. November 1896.

L. S.

Der Regierungs-Präsident.

wird hiernit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Marienwerder, den 2. Dezember 1896.

Der Magistrat.

W ü r t z.

24) Nachdem die neue Chaussee von Vandsburg nach Schmilowo dem Verkehr übergeben, ist der alte durch die Kreis-Krankenhausländereien und das Krüger'sche Grundstück führende Weg überflüssig geworden und soll eingezogen werden. Dieses Vorhaben wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einsprüche binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei uns geltend zu machen.

Vandsburg, den 10. Dezember 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

21) Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1. Ludwig Koszłowski, Brauer, geboren am 18. November 1846 zu Tomrowisch, Gouvernement Plozk, Russisch-Polen, wegen wiederholten Diebstahls im Rückfall (2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 15. Mai 1894), vom Kgl. preussischen Regierungs-Präsidenten zu Lüneburg, vom 23. Oktober d. J.
2. Wilhelm Langer, Schuhmacher, geboren am

8. Mai 1871 zu Brünn, Mähren, ortsangehörig zu Zwittau, Bezirk Mährisch-Trübau, wegen Rupperei und Bedrohung (1 Monat Gefängniß, laut Erkenntniß vom 21. Juli 1896), von der Königlich bayerischen Polizei-Direktion zu München, vom 4. November d. J.

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1. Johann Komajak, Arbeiter, geboren am 12. März 1864 zu Kosnow-Krasna, Bezirk Masow, Polen, wegen Landstreichens, Bettelns, Nennung eines falschen Namens und Widerstand gegen die Staatsgewalt, von der Königlich sächsischen Kreis-hauptmannschaft zu Dresden, vom 12. Oktober d. J.
2. William Wheal, Artist, geboren am 25. Dezember 1847 zu Dublin, Irland, englischer Staatsangehöriger, wegen Landstreichens und Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Danabrück, vom 3. November d. J.
3. Josef Zopp, Kellner, geboren am 7. Juni 1873 zu Neu-Lublitz, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Diebstahls, Landstreichens und Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau, vom 21. Oktober d. J.
4. Marie Chlad, unverehelicht, geboren am 19. Juli 1863 zu Pavlov, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Sittenpolizei-Übertretung und Beleidigung, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Magdeburg, vom 27. Oktober d. J.
5. Attilio Copini (Coppini), Erdarbeiter, geboren am 15. Mai 1868 zu Castelbidone, Provinz Cremona, Italien, wegen Landstreichens, vom Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Metz, vom 27. Oktober d. J.
6. Johanna Göke, geborene Ullmann, verwitwete Arbeiterin, geboren am 13. November 1836 zu Hohenelbe, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau, vom 5. November d. J.
7. Ferdinand Mauhart, Bäckergefelle, geboren am 11. April 1871 zu Linz, Ober-Oesterreich, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Landstreichens und Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau, vom 9. November d. J.
8. Wilhelm Meyer, Arbeiter, geboren am 13. September 1848 zu Didam, Niederlande, ortsangehörig daselbst, wegen Landstreichens, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Münster, vom 16. Oktober d. J.
9. Florian Pavel, Färbergehilfe, geb. am 8. Mai 1858 zu Hertin, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Bettelns, von der Königlich sächsischen Kreis-hauptmannschaft zu Baugen, vom 24. Oktober d. J.
10. Anton Pavelka, Schneidbergefle, geboren am 13. Juli 1848 zu Reichenau, Böhmen, orts-

- angehörig ebendasselbst, wegen Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Lüneburg, vom 27. Oktober d. J.
11. Johann Prokop, Handlungskommiss, geboren am 16. Mai 1833 zu Lemberg, Galizien, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Landstreichens und Bettelns, von der Königlich bayerischen Polizeidirektion zu München, vom 20. Oktober d. J.
 12. Johann van Nyssen, Arbeiter, geboren am 2. Februar 1841 zu Diepenveen, Niederlande, wegen Bettelns, vom Landesdirektor der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont zu Arolsen, vom 7. November d. J.
 13. Rudolf Schäffer, Schreiber, geb. am 14. April 1872 zu Judenburg, Steiermark, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Landstreichens, vom Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Strassburg i. E., vom 26. Oktober d. J.
 14. Josef Troppauer, Handelsmann, 33 (30) Jahre alt, geboren zu Bendzin, Gouvernement Petrifau, Rußland, russischer Staatsangehöriger, wegen Landstreichens und Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Posen, vom 30. Oktober d. J.
 15. dessen Ehefrau Hulda, geborene Rawski, 20 Jahre alt, geboren zu Czorkow, Gouvernement Petrifau, wegen Landstreichens und Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Posen, vom 30. Oktober d. J.
 16. Levi Abramczek, Buchbinder, 56 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Kiew, Rußland, wegen Bettelns und Fälschung von Legitimationspapieren, vom Großherzoglich badischen Landeskommissär zu Mannheim, vom 18. November d. J.
 17. Simon Chmelik, Tischlergeselle, geboren am 19. September 1842 zu Trensch, Kr. Pilsen, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Potsdam, vom 4. November d. J.
 18. Philipp Peter Feilenhauer (Pielniak), Bäcker-
geselle, geboren am 16. April 1859 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, wegen Bettelns, vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Potsdam, vom 3. November d. J.
 19. Alfred Felix, Steinhauer, geboren am 25. Februar 1871 zu Bedev, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst, wegen Landstreichens und Bettelns, vom Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Strassburg i. E., vom 12. November d. J.

Die durch Beschluß des Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Hannover vom 7. Juni 1893 verfügte Ausweisung der Anna Antonie Koid aus dem Reichsgebiet (Central-Blatt für 1893 S. 198 Z. 7) ist zurückgenommen worden.

Nachstehende Ausweisungen aus dem Reichsgebiet:

- a) des Webers Gottfried Lang (Central-Blatt für 1896 S. 482 Z. 9),

b) des Karl Roggenmoser (Central-Blatt für 1893 S. 97 Z. 21)

sind zurückgenommen worden.

25)

Personal-Chronik.

Der Regierungs-Assessor Dr. Schwarzlose hier selbst ist an die Königl. Regierung in Königsberg versetzt.

Die Wahl des Bürgermeisters Wilhelm Vock zum Bürgermeister der Stadt Christburg auf eine weitere Wahlperiode von 12 Jahren ist bestätigt worden.

Die Wahl des Bürgermeisters Eduard Kühl zu Liebstadt zum Bürgermeister der Stadt Strassburg auf die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren ist bestätigt.

Die Wahl des Uhrmachers Hermann Neuhoff zum unbesoldeten Rathmann der Stadt Dt. Eylau ist bestätigt worden.

Die Wahl des Zimmer- und Maurermeisters Hildebrandt und des Rentier Wilhelm Schönrock zu unbesoldeten Rathmännern der Stadt Christburg ist bestätigt worden.

Die Wahl des Rektor a. D. Theodor Maul zum unbesoldeten Rathmann der Stadt Schlochau ist bestätigt worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Königl. Oberlandesgerichts zu Marienwerder pro Monat November 1896.

Ernannt: 1. Staatsanwalt Dr. Dorchert in Berlin zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Thorn.

2. Gerichtsassessor Plonsker in Culm zum Amtsrichter in Schwetz.

3. Referendar Robert Hartwich in Marienburg zum Gerichtsassessor.

4. Die Rechtskandidaten Max Trauthan in Culm, Victor David in Zoppot, Walter Lebbe in Danzig und Carl Herrmann in Könitz zu Referendaren unter Ueberweisung an das Amtsgericht in Culm bezw. Zoppot, Tiegenhof und Br. Friedland.

5. Gerichtsschreibergehilfe Lau in Culm zum Gerichtsschreiber.

6. Die Hilfsgefängenaufseher Schiewe in Thorn und Greger in Könitz zu Gefängenaufsehern bei dem Amtsgerichte in Loebau bezw. dem landgerichtlichen Gefängniß in Könitz.

Versetzt: 1. Staatsanwalt Maul in Lyck in gleicher Eigenschaft an das Landgericht in Danzig.

2. Gerichtsvollzieher Liebert in Schwetz an das Amtsgericht in Thorn.

3. Die Gerichtsdiener Franke in Schwetz und v. Dehonnack in Thorn an das Amtsgericht in Elbing bezw. Tuchel.

Zugelassen: 1. Die Gerichtsassessoren Paul Goerzig in Strassburg W./P. und Alfred Preßell in Danzig zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amts-

gerichte in Strassburg W./P. bezw. dem Landgericht I in Berlin und

2. Rechtsanwalt Neumann in Marggrabowa bei dem Amts- und dem Landgericht in Thorn.
- Entlassen: 1. Gerichtsassessor Dr. Felix Mayer in Danzig behufs Uebertritts zur Communalverwaltung.
2. Referendar Johannes Uebe in Danzig in den Kammergerichtsbezirk.
 3. Referendar Bernhard von Puttkamer aus Plauth behufs Uebertritts zum Militär.
 4. Gerichtsdienner Braun in Tuchel in Folge Disciplinarurtheils.

Verliehen: Dem Landgerichtsrath Laured in Elbing aus Anlaß seiner Pensionirung der Rothe Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife.

Pensionirt: 1. Erster Gerichtsdienner, Botenmeister Ruhn in Danzig.

2. Gerichtsdienner Hoffmann in Elbing.
 3. Berichtsvollzieher Guenther in Lautenburg.
- Gestorben: Landgerichtsdirector, Geheimer Justizrath Birnbaum in Danzig.

Personal-Veränderungen bei der Königlichen General-Kommission für die Provinzen Westpreußen und Posen zu Bromberg.

1. Ernannet sind: die Gerichtsassessoren Plaetschke in Konig und Sperl in Bromberg zu Regierungsassessoren, der anstellungsberechtigte Halbwalide Sauer zum Generalkommissions-Büreaudiätar, der Militäranwalt Bergin zum Generalkommissions-Kanzleidiätar, der Generalkommissions-Bote Steffen zum Botenmeister.
2. Versetzt sind: das Mitglied des Kollegiums, Regierungsrath Meyer I, in gleicher Eigenschaft zur Generalkommission in Königsberg i. Pr., der bisherige Spezialkommissar, Regierungsrath Friedrich aus Homberg als außeretatmäßiges Mitglied in das Kollegium der General-Kommission in Bromberg, der Spezialkommissar, Regierungsassessor Kausch und der Spezialkommissions-Sekretär Malinowski von Graudenz zu der in Thorn neu errichteten Spezialkommission, ferner Oberlandmesser Heibel von Konig nach Bromberg, Oberlandmesser Frank und Landmesser Starczewski von Wollstein nach Lissa i./Pos., Landmesser Grodzicki von Elbing in den Bezirk der Generalkommission in Königsberg i./Pr.
3. Uebertragen ist die Verwaltung der Spezialkommission in Graudenz dem Regierungs-Assessor Große (früher in Bromberg).
4. Ueberwiesen zur Beschäftigung als forsttechnischer Hilfsarbeiter ist der Forstassessor Schmudt in Konig.

5. Angenommen sind: Rechengehülfe Schulz aus Bromberg als Civilanwärter für die Spezialkommission in Schneidemühl, Militäranwalt Wolinski aus Mewe W./Pr. als Generalkommissions-Hilfsbote.

6. Beurlaubt zur Ableistung ihrer Militärdienstpflicht sind vom 1. October 1896 ab auf ein Jahr die Landmesser Baum in Bromberg und Neuf in Danzig.

7. Bestanden haben: die Prüfung zum Generalkommissions-Sekretär die Generalkommissions-Büreaudiätare Strehlke und Winkelmann und der Spezialkommissions-Büreaudiätar von Trzebiatowski in Graudenz, die Prüfung zum Spezialkommissions-Sekretär, die Büreaudiätare Flicke in Danzig, von Rzepecki und Bluhm in Bromberg und Swert in Konig.

Der Kreis Schulinspektor Richter in Thorn wird bis Ende März k. J. in dem Königlichen Ministerium der geistlichen pp. Angelegenheit als Hilfsarbeiter beschäftigt werden. Die vertretungsweise Verwaltung der Kreis Schulinspektion Thorn ist bis dahin dem Kreis Schulinspektor Reidel in Schönsee übertragen.

Die Ortsaufsicht über die neu gegründete Schule in Słobowo, Kreis Strassburg, ist dem Kreis Schulinspektor Eichhorn in Strassburg übertragen.

Der kommissarische Kreis Schulinspektor Komorowski in Lessen ist vom 23. d. Mts. bis zum 1. k. Mts. beurlaubt und wird während dieser Zeit von dem Kreis Schulinspektor, Schulrath Dr. Kaphahn in Graudenz vertreten.

Die Ortsaufsicht über die neu gegründete Schule zu Pniemno im Kreise Schwetz ist vorläufig dem Königlichen Kreis Schulinspektor Kießner in Schwetz übertragen worden.

Die Lokalaufsicht über die evangelischen Schulen zu Alstief, Bresin, Bresinermangel, Pippink und Osche im Kreise Schwetz ist dem Pfarrer Huf in Osche übertragen und der bisherige Lokalschulinspektor, Kreis Schulinspektor Engelen in Neuenburg von diesem Amte entbunden worden.

Dem Fräulein Elisabeth Lindennau zu Peterswalde, Kreis Stuhm, ist die Erlaubniß erteilt, im diesseitigen Bezirk als Hauslehrerin und Erzieherin thätig zu sein.

26) Erledigte Schulstellen.

Die Schullehrerstelle zu Korzeniec, Kreis Thorn, wird zum 1. Januar k. J. erledigt.

Lehrer evangelischer Konfession, welche sich um dieselbe bewerben wollen, haben sich, unter Einsendung ihrer Zeugnisse, bei dem Königlichen Kreis Schulinspektor Herrn Reidel zu Schönsee zu melden.

(Hierzu der Oeffentliche Anzeiger Nr. 51.)